

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 78'398
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 385.10
Abo-Nr.: 1093257
Seite: 2
Fläche: 29'166 mm²

Mehr Mut zur Sicherheit

Er ist über 100 Seiten lang und zeigt alles auf, was in der Stadt Luzern in irgendeiner Weise gefährlich sein könnte – vom Risiko einer Massenpanik über Verkehrsunfälle bis zu einem totalen Stromausfall. Der Sicherheitsbericht 2013 der Stadt Luzern ist dabei weit über die Stadtgrenzen hinaus von Bedeutung. Die Phänomene, die sich in Luzern als Zentrumsstadt der Zentralschweiz zeigen, sind auch ein Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Trends und Entwicklungen, die sich hier sozusagen kristallisieren.

Was also sagt uns dieser Bericht genau? Zunächst einmal, was man bereits vorher wusste: Hauptprobleme sind die Verkehrssicherheit und die Kriminalität. Raub und Taschendiebstähle haben zugenommen. Besonders brisant ist dabei, dass die Differenz zum übrigen Kantonsgebiet zunehmend grösser wird. Während die Zahl der Delikte auf der Landschaft stagniert, steigt sie in der Stadt immer weiter an. Jedes Wochenende werden in Luzern drei Personen bei Gewaltdelikten verletzt, und die Dunkelziffer ist hoch. Gefährlich ist es speziell während der Nacht.

Luzern ist ein Hotspot des Nachtlebens, mit einem sehr grossen Einzugsgebiet, das von Uri bis Solothurn reicht. Das schlägt sich in der Statistik nieder. Die Studienautoren legen Luzern in diesem Zusammenhang auch nahe, seine Identität zwischen Gross-, Wohn- und Touristenstadt noch klarer zu definieren.

Unabhängig davon muss an der Bekämpfung der Kriminalität gearbeitet werden. Hier ist insbesondere die Politik gefordert. Deren Vertreter müssen objektiv und ohne Scheuklappen nach Lösungen suchen und sich nicht in ideologischen Grabenkämpfen verlieren wie etwa bei den Diskussionen um die SIP (Sicherheit Intervention

Prävention), einer Art «Polizei light». Ein Ausbau der SIP-Truppe wird im Sicherheitsbericht ohnehin nur bedingt empfohlen – wegen der Kosten. Hingegen wird der Stadt nahegelegt, eine Stelle für «städtebauliche Kriminalprävention» zu schaffen: Durch architektonische Massnahmen sollen das Sicherheitsgefühl erhöht und Straftaten verhindert werden. Erfahrungen mit mobilen Bars am Inseli und auf der Ufschöttli haben gezeigt, dass schon einfache Massnahmen viel dazu beitragen können, einen Ort sicherer zu machen. Ob es dafür eine neue Stelle braucht, ist aber mehr als fraglich. Es ist davon auszugehen, dass bei der städtischen Verwaltung genügend städtebauliches Know-how vorhanden ist. Man muss nur mit der nötigen Entschlossenheit an die Sache gehen.

Gleiches gilt für den Bereich Verkehrssicherheit, wo ebenfalls eine neue Stelle vorgeschlagen wird. Seit dem Städteranking des Bundesamtes für Strassen (Astra) wissen wir, dass Luzern bei der Unfallhäufigkeit den unrühmlichen Spitzenplatz der zehn grössten Schweizer Städte einnimmt. Das ist aber kein Grund, einen «Beauftragten für Verkehrssicherheit» anzustellen. Die zuständigen Behörden wissen bereits heute ganz genau, wo die Schwachpunkte liegen – so ist vor allem der Schutz von Fussgängern und Velofahrern in Luzern ungenügend. Verbesserungen erfolgen langsam und in kleinen Schritten – wegen fehlender Finanzen, teilweise aber auch wegen mangelnden politischen Willens. Gut möglich, dass das kühne (und private) Metro-Projekt, das den Individualverkehr in grossem Ausmass aus der Innenstadt verbannen soll, auch in Sachen Sicherheit einen Quantensprung darstellen würde.

Letztlich ist keines der im Sicherheitsbericht erwähnten Probleme ein

spezifisches Luzerner Problem. Unter dem Verkehr und den Auswüchsen des Nachtlebens leiden alle grösseren Schweizer Städte. Und die Probleme sind – das darf gesagt werden – nur zum Teil hausgemacht. So sehr Kulturleben und Stadtkasse von den auswärtigen «Ausgeh-Touristen» profitieren, so sehr sind die Negativfolgen zunehmend sichtbar. Deshalb sind nicht nur der Kanton Luzern, sondern auch die umliegenden Kantone gefordert, die Bestrebungen für eine sicherere Stadt Luzern zu unterstützen.

Denn klar ist: Alleine kann die Stadt ihre Sicherheitsprobleme nicht lösen – bei vielen Massnahmen, die vielleicht Wirkung zeigen würden, stösst man schnell an die Grenze kantonaler oder nationaler Gesetze. Und dort, wo diese Gesetze gemacht werden, sind die Städte in einer Minderheitenposition. So sind lediglich zwei von zwölf Luzerner Bundesparlamentariern Stadtluzerner. Im Kantonsrat hält die Stadt einen Fünftel der Sitze. Dennoch sind Luzern und andere Städte längst nicht so machtlos, wie sie sich zuweilen gerne präsentieren. Gerade Luzern als grösste und bedeutendste Gemeinde im Kanton sollte genügend Legitimität haben, um ihre Interessen selbstbewusst vertreten zu können. Es gehört zu ihrer Aufgabe, bei den Vertretern von Bund, Kanton Luzern und den Zentralschweizer Kantonen die nötige Überzeugungsarbeit zu leisten. Das entbindet Luzern aber in keiner Weise von der eigenen Verantwortung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu tun für eine sicherere Stadt.

Redaktor Robert Knobel über den Sicherheitsbericht 2013 der Stadt Luzern.



DARUM GEHT ES